



WETZLARER ECHO

AUSGABE MAI 2026

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP)

Kein Geld für uns?
**WO BLEIBEN
DIE MILLIARDEN?**



DIE WAFFEN NIEDER
NIE WIEDER KRIEG

Weitere Orte, wo Investitionen besser wären, als bei der Bundeswehr
www.nie-wieder-krieg.org

Es ist etwas im Busch bei den alten Bunkern am Weinberg

Die Bundeswehr soll wachsen und braucht dafür Platz. Dafür hat sie die Umwandlung von Liegenschaften, die in Zukunft eigentlich zivil genutzt werden sollten, ausgesetzt. Wie die WNZ nun am 4.4. berichtete, wird am Bundeswehr-Areal am West-Rand des NABU-Habitats Weinberg gerodet, um den alten Sicherheitszaun um die Munitionsbunker der Bundeswehr zu erneuern. Dieses Areal liegt in der benachbarten Gemeinde Schöffengrund. Im Wetzlarer Stadtgebiet gehören noch drei weitere der Bundeswehr: die alte Panzer-Waschanlage, die Panzerstraße und das Kühmark-Gelände östlich des Leitz-Parks. Bekannt ist nur: Diese stehen für etwaige städtische Planungen nicht zur Verfügung, der Bund behält sich weitere Nutzungen vor. Informationspflichtig ist der Bund nämlich nicht – Geheimhaltung von Militärlogistik hat Vorrang vor Einbeziehung kommunaler Akteure.

- DKP Lahn-Dill

Rüstungsproduktion im Schichtbetrieb?

Kriegswirtschaft ist ein lukratives Geschäft. Daher kann es mit der Aufrüstung gar nicht schnell genug gehen. Und daher wird die Angst vor dem „bösen Russen“ geschürt, der angeblich schon bald vor den Toren Berlins steht.

Das jüngste Beispiel hierfür lieferte der Deutsche Bundeswehrverband (DBwV), als er in der vergangenen Woche behauptete, die Bedrohung Deutschlands durch Russland steige täglich. „Daher muss die Rüstungsindustrie hierzulande ihre Kapazitäten erweitern und endlich im Schichtbetrieb arbeiten, um bei weiterer Eskalation in eine Art Kriegswirtschaft zu gelangen“, forderte deren Verbandschef André Wüstner im „Handelsblatt“.

Neben den traditionellen Waffenschmieden wie Rheinmetall, Hensoldt oder KNDS hofft auch die kriselnde Automobil- und Zulieferindustrie ein Stück des großen Kuchens abzubekommen. In der Folge werden Gewerkschaften und Betriebsräte immer häufiger vor die Alternative gestellt, das neue todbringende Geschäftsmodell zu akzeptieren, ansonsten drohten Arbeitsplatzabbau und Werksschließung.

Inzwischen regt sich aber Widerstand zu den Plänen aus den Vorstandsetagen. Bereits im Januar gingen die IG-Metall-Vertrauensleute in den Kölner

Ford-Werken mit einer vielbeachteten Erklärung unter dem Titel „Nein zur Kriegswirtschaft – Wir geben unsere Kinder nicht für Kriege“ an die Öffentlichkeit (siehe Rückseite).

Kolleginnen und Kollegen beim Autozulieferer ZF Hannover zogen nach. In ihrer Entschließung heißt es, militärische Produktion sei „keine nachhaltige Strategie“. Sie entziehe Ressourcen, die für Mobilitätswende, E-Mobilität und zivile Innovation benötigt würden. Deshalb fordern sie von der Konzernleitung „Konversionskonzepte, Entwicklung von Plänen, um bestehende rüstungsnahe Bereiche in zivile Sparten zu überführen, ohne Arbeitsplatzverluste“ und von der Bundesregierung ein Abrücken von Rüstungsausgaben „in schwindelerregender Höhe“.

Metaller aus verschiedenen VW-Werken verabschiedeten ebenfalls eine gemeinsame Resolution gegen den „Umbau auf Kriegswirtschaft“. „Diese Entwicklung machen wir nicht mit“, heißt es in dem von Betriebsräten aus Braunschweig, Kassel, Wolfsburg, Salzgitter und Dresden unterschriebenen Papier. Und weiter: „Die Rüstungsindustrie jubelt über explodierende Gewinne. Die Wiederaktivierung der Wehrpflicht ist in Vorbereitung, um künftig uns und unsere Kinder in Kriege zu schicken.“

- Ulf Immelt

Werbung

Gießener Echo

Seit über 50 Jahren. Erscheint monatlich. Beziehen unter: www.giessen.dkp.de

Für Frieden und Sozialismus! DKP



Nein zum Umbau auf Kriegswirtschaft!

Mehr als 25 Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder aus VW-Werken gehören zu den Erstunterzeichnern einer Erklärung gegen Aufrüstung und Kriegswirtschaft. Die IG-Metall-Mitglieder rufen den Vorstand ihrer Gewerkschaft, die Mitglieder und Betriebsräte auf, sich gegen den Umbau auf Kriegswirtschaft zu positionieren.

Wir IGM-Kolleginnen und -Kollegen bei VW schauen mit großer Sorge auf die weltweite Aufrüstung und zunehmende Kriege. In Deutschland werden bereits erste Werke zur Umstellung auf Rüstungsproduktion gesucht. Wer uns damit Arbeitsplätze verspricht, versucht auf üble Weise, die Existenzängste der Belegschaften in der Autoindustrie auszunutzen. Aufrüstung sichert nicht den Frieden, sondern bereitet Kriege vor. Wenn die Regierung einen „Notstand“ ausruft, wird das Streikrecht beschnitten, gibt es Arbeitsverpflichtung und Anordnungen zu extremer Arbeitszeitausdehnung. Im „Kriegsfall“ kommt laut „Arbeitssicherstellungsgesetz“ (ASG) eine Zwangsverpflichtung unter Androhung von Gefängnis für sogenannte Spezialisten aller Be-

rufungsgruppen hinzu.

In den Schützengräben der Welt sterben Menschen wie du und ich nicht für höhere Werte, sondern für die Interessen großer Kapital-eigner. Die Rüstungsindustrie jubelt über explodierende Gewinne. Die Wiederaktivierung der Wehrpflicht ist in Vorbereitung, um künftig uns und unsere Kinder in Kriege zu schicken. Aktuell steigen mit dem Krieg im Nahen Osten sofort die Preise für Benzin. Schon wird von höherer Inflation gesprochen.

Diese Entwicklung machen wir nicht mit!

Aufrüstung und Kriegswirtschaft sind gegen die Interessen der Kolleginnen und Kollegen und unserer Familien und widersprechen unseren gewerkschaftlichen Zielen. Unterstreichen wir unsere Losung „Kampf um jeden Arbeitsplatz!“ und setzen wir uns aktiv für unser Ziel „Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung“ ein (IGM-Satzung unter Paragraph 2 „Aufgaben und Ziele der IG Metall“). Und wir rufen den IG-Metall-Vorstand, den Betriebsrat und alle Mitglieder auf: Nein zum Umbau auf Kriegswirtschaft!

*Petition erhältlich über FORUM
Gewerkschaftliche Linke Berlin, ausgefüllte
Unterschriftenlisten an ifabvw@sagtnein.org*



Multipolare Weltordnung?

Die DKP Lahn-Dill lädt ein zur Veranstaltung mit dem UZ- und Buchautor Klaus Wagener über die gegenwärtigen Ereignisse im Nahen Osten und Lateinamerika vor dem Hintergrund der Erosion US-amerikanischer Hegemonie.

Am 28. Februar hat die US-israelische Kriegsmaschine die Islamische Republik Iran angegriffen. Dieser Krieg hat gewaltige geostrategische Dimensionen. Es geht dabei nicht nur um die Rückeroberung der Kontrolle über die globalen Öl- und Gasvorräte, sondern auch um die Fähigkeit der USA, über die Bezahlung von Öl- und Gasimporten in US-Dollar („Petrodollar“) US-Defizite und Schulden weltweit exportieren zu können.

**Am Mittwoch, 13. Mai,
19:00 Uhr**

Haus der Demokratie,
Schützenstr. 13, Wetzlar



Kontakt

E-Mail: lahn-dill@dkp.de
Web: www.lahn-dill.dkp.de

V.i.S.d.P.: Walter Schäfer,
c/o DKP Hessen, Schönstr. 28,
60327 Frankfurt